Deutsches Zentralinstitut für Soziale Fragen

Arbeitsbericht 1976

Deutsches Zentralinstitut für Soziale Fragen
(Archiv für Wohlfahrtspflege) – Stiftung bürgerlichen Rechts
1000 Berlin 33 (Dahlem) – Miquelstraße 83 – Tel.: 832 40 41

Konten: Postscheck Bln.-West Nr. 599 97-105
Bank f. Sozialwirtschaft Nr. 31058 (BLZ 100 205 00)

Verein zur Förderung des Deutschen Zentralinstituts für Soziale Fragen (Archiv für Wohlfahrtspflege)

Konten: Postscheck Bln.-West Nr. 153 15-104
Bank f. Sozialwirtschaft Nr. 31059 (BLZ 100 205 00)

Vorstand

Senat von Berlin (Vorsitzender)

Vertreter: Senatsdirektor Werner Müller
Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales

Industrie und Handelskammer zu Berlin (stellv. Vorsitzender)

Vertreter: Dipl.-Volksw. Gerhard Severon

Deutscher Städtetag

Vertreter: Beigeordneter Dr. Wolfgang Haus

Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege e. V.

Vertreter: Dr. Christa Hasenclever

Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

Vertreter: MinR Hans Goller

Geschäftsführung

Ilse Bueren

Förderer-Verein

Der Verein zur Förderung des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen teilt Vorstand und Geschäftsführung mit dem Institut; er nimmt die Beiträge der Mitglieder entgegen und ist für die Förderung des Instituts verantwortlich.

Beirat

Bundesministerien

für Arbeit und Sozialordnung: MinR Dr. Rugo

für Jugend, Familie und Gesundheit: MinR Dr. med. Bialonski

Bundesanstalt für Arbeit: Präsident Josef Stingl

Sozialministerien der Länder

Baden-Württemberg: *)
Bayern: MinDirig Dr. Karl Schmitt
Bremen: *)
Hamburg: *)
Hessen: MinR Heinz Erhard
Niedersachsen: MinR Willi Hoppe
Nordrhein-Westfalen: Ltd. MinR P. Steffen
Rheinland-Pfalz: *)
Saarland: RegDir Otto Bitz
Schleswig-Holstein: *)

Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege

Das Diakonische Werk – Innere Mission und Hilfswerk – der ev. Kirche in Deutschland: Dipl.-Volkswirt Christine Winzler
Deutscher Caritasverband e. V.: D. Johannes Tobei
Arbeiterwohlfahrt der Stadt Berlin e. V.: Helmut Grell
Deutsches Rotes Kreuz: Ass. Reiner Klauß
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband e. V.: Helga Danzig
Zentral-Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.: Gertrud Hoffnung

Wirtschaft

Deutscher Industrie- und Handelstag: Sigmund Frh. v. Rotberg
Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie: Hans-Joachim Scholz
Siemens AG: Dipl.-Ing. Dr. Carl-Hubert Schwennicke
AEG/Telefunken: Heinz Walter, Prokurist
Osram GmbH: Direktor Walter Greiner

*) Mitarbeit als Behörde ohne bestimmten Vertreter.

Wissenschaft

Stifterverband für die deutsche Wissenschaft e. V.: Helmut Denschel
Freie Universität Berlin *)
Technische Universität Berlin *)

Sozialversicherung

Verband Deutscher Rentenversicherungsträger:
Direktor Prof. Dr. Kurt Jahn

Gewerkschaften

Deutsche Angestelltengewerkschaft: Hilde Jechow
Deutscher Gewerkschaftsbund: Fritz Giersch

Fachorganisationen

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge:
Walter Schellhorn

Persönlichkeiten

Dr. Franz v. Cosel, Berlin
Senator a. D. Kurt Exner, Berlin
Direktor Robert Jentsch, Berlin
Senatorin a. D. Ella Kay, Berlin
MinR. a. D. Dr. Helmut Malzahn, Bonn
SenDir Gerhard Naulin, Berlin
SenDir a. D. Dr. Lothar Rosenberg, Berlin

Vorstandssitzungen

Außer den Vorstandssitzungen am 25. Juni und 3. Dezember 1976 fanden mehrere Arbeitsgespräche des Vorsitzenden mit der Geschäftsführung in der Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales statt.

Mitgliederversammlung und Beiratssitzung

Die für den Herbst 1976 vorgesehene Mitgliederversammlung des Vereins zur Förderung des Deutschen Zentralinstituts für Soziale Fragen in Verbindung mit der Beiratssitzung mußte um einige Monate verschoben werden und fand am 3. Februar 1977 statt. Bei dieser Gelegenheit wurden die ohne Beanstandung geprüften Finanzabrechnungen für die Jahre 1973 bis 1975 genehmigt und der Geschäftsführung von den anwesenden Mitgliedern einstimmig Entlastung erteilt.

---

*) z. Z. ohne Vertreter

Mitarbeiter

Im Berichtsjahr wurden 19 Mitarbeiter, darunter 6 Teilzeitkräfte, beschäftigt.

Besonders umfangreiche Anfragen, die zur Bearbeitung meist gesetzliche Grundlagen erforderten, wurden in ehrenamtlicher Tätigkeit von einem Volljuristen mit übernommen.

Im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Senators für Arbeit und Soziales wurden im Durchschnitt 5 Mitarbeiter für jeweils neun Monate beschäftigt.

Tätigkeit

Seit seiner Gründung unter dem Namen „Archiv für Wohlfahrtspflege" im Jahre 1893 ist es die Aufgabe des Instituts, alles erreichbare Material aus dem Bereich des Sozial-, Gesundheits- und Arbeitswesens zu sammeln, zu sichten und zu ordnen und für den Abruf durch Interessenten bereit zu halten.

Sammlungen und Kataloge

Die Basis der Institutsarbeit bilden ihre Sammlungen und Kataloge. Es bestehen folgende Sammlungsabschnitte:
Die **Bibliothek** enthält soweit wie möglich alle Veröffentlichungen auf den sozialen und sozialverwandten Gebieten des In- und Auslandes und wird ständig aus Eigenmitteln und durch Besprechungsexemplare sowie zeitweilig aus Zuwendungen der Deutschen Klassenlotterie ergänzt. Im Jahre 1976 wurden 2 400 Bände neu eingestellt. Der größte Teil der von der Deutschen Klassenlotterie für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Mittel wird erst 1977 ausgegeben und damit die Bestände im laufenden Jahr wesentlich erweitern und aktualisieren. Über 500 Bände, die im Benutzerverkehr besonders stark strapaziert worden waren, wurden im Hause neu gebunden.

Die Bibliothek wird durch eine alphabetische Verfasserkartei und eine fachlich geordnete Kartothek erschlossen und ist „Öffentliche Bibliothek" mit der Sigelnummer 249.

Die **Bibliographische Sammlung** umfaßt alle Aufsätze und Mitteilungen, die aus den regelmäßig gelesenen ca. 2000 Fachzeitschriften des In- und Auslandes ausgewertet und nach derselben Systematik wie die eingestellten Bücher verkartet werden. Daneben werden sämtliche Gesetze, Verordnungen und Erlasse des Bundes und der Länder gesammelt und systematisch in die Kartei eingeordnet. Außerdem steht dem Institut ständig umfangreiches Zeitungsausschnittsmaterial zur Verfügung, das, nach der entsprechenden Systematik geordnet, Bibliothek und Zeitschriftensammlung ergänzt.

Über die regelmäßig gelesenen Zeitschriften wird ein alphabetischer Katalog geführt, der nachweist, ab wann eine Zeitschrift gehalten wird und der ihr laufendes Eingehen überwacht. Daneben werden numerisch und nach Sachgebieten geordnete Verzeichnisse dieser Zeitschriften geführt.

Von den **Organisations-Sammlungen** stellt die **Berliner Abteilung** den ältesten Teil dar, weil das Institut bei seiner Gründung 1893 es übernommen hatte, alle bestehenden Sozialeinrichtungen in Berlin zu erfassen und diese Zusammenstellung zu veröffentlichen. Heute umfaßt sie alle Behörden, Organisationen und Institutionen, die in Berlin tätig sind oder einmal tätig waren. Jede dafür angelegte Akte enthält alles erreichbare Material von der Gründung an wie Vereinsstatuten, Vorstandsmitglieder, Arbeits- und Presseberichte, andere Veröffentlichungen, Dienstanweisungen, Hausordnungen, Baupläne, Abbildungen u. ä., und wird ständig ergänzt. Außerdem finden sich in ihr alle Informationen, die den regelmäßig gelesenen Fachzeitschriften entnommen werden und die mit der betreffenden Institution und ihrer Arbeit zusammenhängen.

Dasselbe gilt für die Behörden, Organisationen und Institutionen, die auf sozialen und sozialverwandten Gebieten in der **Bundesrepublik** und in der **DDR** tätig sind.

Das Institut ist bemüht eine Übersicht über ähnliche Einrichtungen des europäischen und außereuropäischen **Auslands** zu gewinnen und erreichbares Material zu sammeln. Ebenso werden alle die Organisationen und ihre Veröffentlichungen erfaßt, die nicht nur auf nationalem Gebiet, sondern auf **übernationaler Ebene** arbeiten.

Alle diese Sammlungen werden in gleicher Weise erschlossen durch je eine alphabetische Namenskartothek und eine systematische Zusammenstellung, die die einzelnen Behörden, Organisationen und Institutionen nach Sachgebieten ausweist. Wird zu einem bestimmten Thema Material gesucht, so kann es ohne große Mühe aus beiden Sammlungen – Bibliothek und Organisationsabteilungen – zusammengestellt werden, da beiden ähnliche Systematiken zugrunde liegen.

Typenkartei

Zusätzlich weist eine „Typenkartei" nach, auf welchen sozialen Gebieten Modelleinrichtungen entstehen und wo und auf welche Weise nachahmenswerte und praktikable Ideen verwirklicht werden.

Schwindlerkartei

Zum hausinternen Gebrauch – insbesondere für die Arbeit im Bereich des gesamten Sammlungswesens – weist eine „Schwindlerkartei" alphabethisch Personen aus, die allein oder in Verbindung mit Organisationen im sozialen Bereich negativ aufgefallen sind.

Helene-Lange-Stiftung

Die dem Institut im Oktober 1969 vom „Berliner Frauenbund von 1945" übergebenen Materialien (Bibliothek und Archiv der Helene-Lange-Stiftung) werden weiterhin verwahrt und verwaltet und auch den Benutzern des Instituts zur Verfügung gestellt.

Materialspenden

Wieder haben viele Mitglieder und Benutzer des Instituts erfreulicher- und dankenswerterweise unsere Sammlungen durch nicht mehr benötigte Bücher und Zeitschriften, auch durch Organisationsmaterialien vervollständigt. Diese Hilfe ist um so willkommener, als viele Zeitschriften und Bücher durch den Leihverkehr zerschlissen werden oder auch in Verlust geraten.

In diesem Jahr gilt unser Dank u. a.:

Hans-Hermann Auersch, Berlin – Berliner Berufsverband der Sozialarbeiter und -pädagogen e. V. – Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin – Beate Elbe, Marburg – Isa Gruner, Berlin – Dr. Marie-Luise Hegel, Neuendettelsau – OAR Walter Heimann, Bonn-Bad Godesberg – Ingeborg Hoffmann, Berlin – Margot Krohn, Berlin – Marg. Mengeringhausen, Berlin – Christine Raiser, Berlin – Gertrud Rakow, Berlin – Irene Stahl, München – Erika Vogt, Bonn-Oberkassel.

Benutzungsbedingungen

Bibliothek und Lesesaal sind von Dienstag bis Freitag zwischen 8.00 und 12.00 und zwischen 13.00 und 16.00 Uhr für das Publikum geöffnet. Die Ausleihfrist beträgt in der Regel einen Monat; bei Überschreitung wird eine Mahngebühr erhoben.

Kommentare, wertvolle oder alte Bücher und im Verlag vergriffene Stücke werden nicht versandt, sondern können nur im Institut eingesehen werden. Auf Wunsch und gegen Erstattung der Unkosten werden Ablichtungen angefertigt. Um den Materialversand nach Möglichkeit einzuschränken, stellt das Institut Literaturlisten zusammen und verschickt sie gegen Erstattung der Unkosten. In Ausnahmefällen kann Material nach außerhalb gegen Erstattung der Porto- und Verpackungskosten verschickt werden.

Gleichzeitig wird stets auf die Möglichkeit hingewiesen, die monatlich erscheinende, systematisch geordnete Bibliographie der Zeitschriftenaufsätze in der Zeitschrift „Soziale Arbeit" zur Bearbeitung eines bestimmten Themas heranzuziehen.

Aus gegebenem Anlaß weisen wir darauf hin, daß wir aus technischen und statistischen Gründen auch für die Mitglieder unseres Förderervereins bei Benutzung der Bibliothek Leserkarten einstellen müssen.

Nutzbarmachung

Die methodischen Veränderungen in der Ausleihe hatten das gewünschte Ergebnis, den Versand von Material einzuschränken und statt dessen den Schwerpunkt mehr und mehr auf das Verschicken von Literaturlisten zu verlagern. Im Berichtsjahr wurden auf schriftlich und mündlich eingegangene Anfragen 2 247 Bücher und 3 590 Zeitschriften ausgeliehen. Außerdem wurden auf Anfrage bereits vorhandene Literaturlisten ausgegeben und 306 Literaturzusammenstellungen zu bestimmten Themen neu erarbeitet.

Die 1975 so außergewöhnlich gestiegene Zahl der Lesesaalbesucher, die vor allem auf den erleichterten Zugriff zum vorhandenen Material zurückzuführen war, hat sich mit 1 036 Besuchern auch im Berichtsjahr auf gleicher Höhe gehalten. Der Reichtum an historischem Material, das an keiner anderen Stelle zu finden ist und wegen seiner Unersetzlichkeit nicht ausgeliehen werden darf, erwies wieder eine besondere Anziehungskraft. Zahlreiche Benutzer aus der Bundesrepublik und dem Ausland kamen eigens für mehrere Tage nach Berlin, um die historischen Werke einzusehen und auszuwerten.

Im Jahre 1976 wurden für Benutzer unserer Bibliothek 1 550 Leserkarten eingestellt, davon 320 Berliner Leser. Das bestätigt die schon im Vorjahr nach der Wiedereröffnung der Bibliothek gemachte Erfahrung, daß die Zahl der Bibliotheksbenutzer ständig steigt.

Der große Kreis der Anfragenden und Besucher aus dem In- und Ausland setzte sich sowohl aus Ministerien des Bundes und der Länder, Städten, Behörden und Sozialgerichten als auch Planungsstäben, Wissenschaftlern, Praktikern der Sozialarbeit, Versicherungsträgern, sozialpolitischen Organisationen, Journalisten und in großer Zahl aus Studenten zusammen. Die Zahl der Arbeiten über historische Themen war auch im abgelaufenen Jahr überdurchschnittlich hoch.

Die Vielfältigkeit der eingehenden Anfragen sollen einige Beispiele deutlich machen:

Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft, Mainz:
a) Auskunft über Unterhaltsrecht in Colorado/USA
b) Auskunft über Unterhaltsrecht in Pakistan.

Das Jugendamt einer Stadt:
a) Stellungnahme im Rahmen der Erholungsfürsorge für Kinder zur Frage der freien Wahl von Kassenmitgliedern nicht nur hinsichtlich der Ärzte, sondern auch des Aufenthaltsortes bei vorgesehenen Kuren.
b) Stellungnahme zu einzelnen Fragen der Sorgerechtsentziehung nach § 1666 BGB.

Unterhaltspflicht der Angehörigen bei Inanspruchnahme von Leistungen nach dem BSHG.

Bundesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte", Düsseldorf und Diakonisches Werk, Berlin:

Zusammenstellung der in den einzelnen Bundesländern geltenden Sammlungsgesetze mit den dazugehörigen Verwaltungs- und Durchführungsvorschriften.

Ein Berliner Amtsgericht: Fachberatung bei ungenauer Vermächtnisdefinition darüber, welche humanitäre Organisation der Bestimmung des Erblassers am nächsten kommt.

Die Entstehung des Kinderhorts (Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung).

Berufssituation und Fortbildung von Sozialarbeitern (Forschungsvorhaben der Universität Bielefeld).

In jedem Jahr stehen bestimmte soziale Probleme im Vordergrund, zu denen Literatur erbeten wird. 1976 lagen die Schwerpunkte bei folgenden Themen:

Jugendarbeit (350), Altersfragen (343), Suchtgefahren und -therapie (323), Behinderte (315), Ausbildungs- und Berufsfragen der Sozialarbeiter/-pädagogen (287), Heimerziehung (280), Familienfragen/Eheberatung (245), Kriminalität/Strafvollzug (200), Organisation sozialer Dienste (175), Vorschulalter (140), Heilpädagogik (116), Frauenfragen (105), Obdachlose (95), Gesundheitspolitik (87), Gastarbeiter (81), Arbeitsrecht/Arbeitspolitik (70), Arbeitslosigkeit (63).

Fortgang der Vorarbeiten zur Umstellung auf automatische Dokumentation

Wie in den Vorjahren berichtet, wird der Aufbau eines partnerschaftlichen Verbundes aller ähnlich arbeitenden Dokumentationsinstitute, die gemeinsam den Dokumentationsring des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit bilden sollen, geplant. Die in diesem Zusammenhang gebildete Arbeitsgruppe aus je einem Vertreter der beteiligten Institute (Deutsches Institut für medizinische Dokumentation und Information DIMDI, Deutsches Jugendinstitut DJI, Deutsches Zentrum für Altersfragen DZA und Deutsches Zentralinstitut für Soziale Fragen DZI) tagte im Berichtsjahr am 17. Mai in München im DJI. Bei dieser Sitzung stand eine Analyse der Anfragen des Bundesministeriums an die verschiedenen Institute im Vordergrund und die Verbesserung der Informationsleistung der einzelnen Institute gegenüber dem Bundesministerium. Die in Aussicht genommene Systemanalyse zum Kosten-/Nutzenverhältnis wurde auf einen späteren Zeitpunkt zurückgestellt.

Zusammenarbeit mit dem DZA

Die geplante Zusammenarbeit unseres Instituts mit dem ebenfalls für das Verbundsystem des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit vorgesehenen Deutschen Zentrum für Altersfragen DZA, Berlin konnte zunächst in der Weise verwirklicht werden, daß das DZA seit Dezember an der vom DZI in Zusammenarbeit mit dem Senator für Arbeit und Soziales herausgegebenen Fachzeitschrift „Soziale Arbeit" mitarbeitet. Dem Heft 12/76 wurde eine zusammenfassende „Zeitschriftenbibliographie Gerontologie 1976" beigefügt, mit dem Ziel, von Heft 1/77 ab eine „Zeitschriftenbibliographie Gerontologie" regelmäßig im Anschluß an die vom DZI in jedem Heft veröffentlichte Zeitschriftenbibliographie erscheinen zu lassen. Für diese Bibliographie werden im DZA 13 Fachzeitschriften ausgewertet. Die Beiträge aus den darüberhinaus von unserem Institut zu Altersfragen ausgewerteten Zeitschriften erscheinen nicht mehr wie bisher in der Bibliographie des DZI, sondern werden an dieser Stelle nachgewiesen und besonders gekennzeichnet. Daneben werden vom DZA geeignete Abhandlungen aus dem Bereich der Gerontologie der Redaktion zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt.

Im Hinblick auf die geplante Umstellung unserer Bibliographischen Abteilung auf automatische Dokumentation sollen die verwendeten Begriffe, soweit sie in beiden Schlagwortkatalogen enthalten sind, aufeinander abgestimmt werden. Der vom DZA erarbeitete Datenerfassungsbogen wurde bereits auf seine Verwendbarkeit auch für unser Dokumentationssystem geprüft.

Der Abschluß dieser Arbeiten wird zum großen Teil von der Einstellung zusätzlicher Fachkräfte abhängen, die auch im Berichtsjahr aus finanziellen Gründen noch nicht möglich war.

Spendenberatung

Im Berichtsjahr wurden die Folgen der Rezession, vor allem die Knappheit der öffentlichen Mittel, im humanitären Bereich deutlich spürbar. Viele Verbände der freien Wohlfahrtspflege, die Verpflichtungen von Bund und Ländern mit wahrnehmen und bisher aus dem Topf der öffentlichen Haushalte zu einem nicht geringen Teil gespeist wurden, mußten erhebliche Einschränkungen in den Mittelzuweisungen hinnehmen. Zur Durchführung ihrer geplanten und oft dringend notwendigen Vorhaben mußten sie sich bemühen, das entstandene Defizit durch Spendengelder auszugleichen.

Dazu werden in immer stärkerem Maße Spendengesuche an die Wirtschaft, aber auch an Privathaushalte herangebracht, ohne daß der soziale Nutzen dieser Sammlungen immer auf den ersten Blick erkennbar wird. Aus diesen Gründen war die Spendenberatung des Instituts im vergangenen Jahr wichtiger denn je und wurde in großem Umfange von der Bevölkerung, der Wirtschaft und den Medien in Anspruch genommen. Die Arbeit des Instituts auf diesem Gebiet geht fast bis auf seine Gründungszeit zurück und führte im Jahre 1910 zur Gründung der „Wohltätigkeitszentrale der Berliner Kaufmannschaft". Hieraus entwickelte sich die Spendenberatung der Wirtschaft mit jährlichen Zusammenkünften im „Archiv für Wohlfahrtspflege", um echter Armut wirkungsvoll zu begegnen. Später wurde durch Hinzuziehen der Presse die Bevölkerung mehr und mehr in die Beratung einbezogen.

Arbeitskreis Spendenwesen der deutschen gewerblichen Wirtschaft

Die ersten Spendenberatungen im „Archiv für Wohlfahrtspflege" sind im eigentlichen Sinne die Vorläufer des 1951 von der deutschen gewerblichen Wirtschaft gegründeten „Arbeitskreises Spendenwesen" in Bonn, dem das Institut seit 1953 als Fachmitglied angehört.

Internationale Kommission für Spendenordnung

Die beobachtende und prüfende Tätigkeit des Arbeitskreises Spendenwesen beschränkt sich nicht nur auf den deutschen Bereich. Es bestehen Kontakte mit dafür zuständigen Stellen im Ausland, insbesondere mit den in der EG zusammengeschlossenen Ländern, die durch zweijährliche Tagungen der Internationalen Kommission für Spendenordnung intensiviert werden. Diese Tagungen dienen der Aussprache über international durchgeführte Sammlungen, zugleich aber auch der Diskussion fachlicher Fragen im allgemeinen. Die turnusmäßige Sitzung fand am 6. September 1976 in Kopenhagen statt.

Sammlungsgesetze

Wie in jedem Jahr wies das Institut auf die ständig wachsenden Mißstände im Sammlungswesen hin, die ihre eigentliche Ursache in der Liberalisierung der Sammlungsgesetze der Länder haben. Danach wurden zunächst nur Haus- und Straßensammlungen unter Genehmigungspflicht gestellt. Briefsammlungen mußten in Bayern genehmigt, in Hessen und im Saarland angezeigt werden. Auf diese Weise konnten sich zu den alten, eingeführten Wohlfahrtsorganisationen immer mehr neue gesellen, die – oft klein und unerfahren – gute Hilfe zersplitterten oder sogar als scheinsoziale Organisationen, oft Ein-Mann-Betriebe, mit rein gewerblichen Interessen, entlarvt wurden. Eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Betruges, der Untreue etc. müssen erfahrungsgemäß zumeist eingestellt werden, weil die subjektiven Tatbestandsmerkmale der entsprechenden Strafrechtsbestimmungen nicht erfüllt sind. Im Zusammenwirken mit interessierten Stellen ist es jedoch in Einzelfällen gelungen, scheinsozialen Organisationen entsprechend § 43 Abs. 2 BGB die Rechtsfähigkeit zu entziehen (d. h. dann, wenn der Zweck auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist). In anderen Fällen wurde von den zuständigen Finanzämtern nach Überprüfung der Geschäftsunterlagen die Gemeinnützigkeit aberkannt.

Außer Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Berlin, die ihre Sammlungsgesetze in bezug auf Altkleidersammlungen bzw. Briefwerbungen verschärft haben, hat sich bisher noch kein Bundesland zu einer Novellierung entschlossen. Das Institut setzt seine Bemühungen um eine möglichst einheitliche Regelung auf diesem Gebiet fort, um schon von vornherein unseriöse Sammlungen auszuschließen. Es muß allgemein interessieren, daß in vielen Bundesländern mit der **Genehmigungspflicht** auch die Verpflichtung zur **Abrechnung** entfällt. Die Ordnungsbehörden wissen oft nicht, wer eine Sammlung durchführt. Sie können zwar in einer Reihe von Verdachtsfällen eingreifen, müssen aber damit rechnen, daß bis dahin die Mittel bereits verbraucht, vielleicht sogar in private Kanäle geflossen sind. Mindestens scheint eine allgemeine **Anzeigepflicht**, die die Behörde von allen Sammlungen in Kenntnis setzt, dringend erforderlich.

Der **Erlaß des Bundesministers des Inneren** vom 10. September 1975 an alle Innenminister der Länder hat die schon in den letzten Jahren verbesserte Zusammenarbeit mit den zuständigen Landesbehörden noch stärker intensiviert und ausgeweitet. In diesem Erlaß wird die bewährte Möglichkeit der Auskunftserteilung durch das Institut erwähnt mit dem Hinweis darauf, daß schon eine einzige kleine Organisation die Vertrauensbasis in der Öffentlichkeit nachhaltig zerstören könne.

In den Begründungen, teilweise in den Ausführungsvorschriften der Sammlungsgesetze einiger Bundesländer ist das Institut mit dem Hinweis genannt, daß das Vorhandensein einer solchen Stelle es rechtfertige, Briefwerbungen und andere Sammlungen genehmigungsfrei zu lassen, weil hier die Möglichkeit besteht, sich über Seriosität und Effektivität der Arbeit einer sammelnden Organisation zu erkundigen.

Wem sollen wir geben?

Wie in jedem Jahr fand die seit Jahrzehnten veranstaltete Presse- und Wirtschaftkonferenz unter dem Motto „Wem sollen wir geben?" am 27. Oktober statt. Sie wurde durch Presseveröffentlichungen und Hörfunkinterviews wirksam unterstützt und löste wieder eine Flut von Anfragen nach spendenwerbenden Organisationen aus. Gleichzeitig wurden Schwerpunkte der Hilfen im sozialen Bereich genannt und bei der Auswahl derjenigen Organisationen, die diese Hilfe durchführen, beraten.

Auch im Berichtsjahr übernahm das Institut vor allem in der Vorweihnachtszeit für einzelne Firmen und Personen die Beratung bei der Verteilung ihres gesamten Spendenfonds an bestimmte, nach Interessengebieten ausgesuchte Organisationen, darunter auch solche, die trotz anerkannter Arbeit in der Öffentlichkeit weniger bekannt und deshalb in besonderem Maße auf Förderung angewiesen sind.

Die Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger, großen regionalen Zeitungszusammenschlüssen und einzelnen Tageszeitungen bewährte sich auch im abgelaufenen Jahr. Bei einer Vielzahl von Bitten nicht immer zweifelsfreier caritativer Organisationen um kostenlose Veröffentlichung von Spendenaufrufen und in Einzelfällen auch bei bezahlten Beilagen wurde das Institut um Auskunft gebeten.

Wenngleich das Institut aus juristischen Gründen nicht öffentlich vor unseriösen Spendenbitten warnen kann, bemüht es sich, durch intensive Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen, daß möglichst jeder Interessierte sich vor der Hergabe einer Spende über die betreffende Organisation selbst und die Förderungswürdigkeit ihrer Arbeit vom Institut beraten läßt.

Öffentlichkeitsarbeit

Auch im Berichtsjahr wurde das Institut um Vorträge, Veröffentlichungen und Hörfunkinterviews zu Themen, die in seine Arbeitsgebiete fallen, gebeten. Der Bayerische Rundfunk, der WDR, der NDR und RIAS Berlin brachten – einige davon mehrmals – in ihren aktuellen Sendereihen Interviews zu Fragen des Spendenwesens, zur Beratung älterer Mitbürger und über die Arbeit des Instituts.

Dazu kamen wieder zahlreiche Veröffentlichungen in großen Tageszeitungen, Magazinen und Illustrierten zu interessierenden Fragen aus dem Bereich des Sammlungs- und Spendenwesens, die bundesweit und regional verbreitet wurden. In mehreren Fachzeitschriften wurde über die beiden Schwerpunkte unserer Arbeit – Information und Dokumentation sowie Auskunft und Beratung in Sammlungs- und Spendenfragen – ausführlich berichtet.

Es versteht sich von selbst, daß diese zahlreichen Aktivitäten im Bereich der Massenmedien eine Fülle von Anfragen auslösten, die sich nicht nur auf das gesamte Sammlungs- und Spendenwesen bezogen.

Das Institut bleibt ständig bemüht, durch Presse, Funk und Fernsehen der Öffentlichkeit als Informationsquelle zu dienen. Die häufig wechselnden Schwerpunkte im gesamten sozialen Bereich geben immer wieder Veranlassung dazu.

Altenheimberatung

Der Nachweis von Altenwohnheimen, Altenheimen und Pflegeheimen in allen Teilen der Bundesrepublik und in Berlin ist ebenso wie die Beratung bei der Auswahl zu einer ständigen Einrichtung des Instituts geworden. Sie hat sich aus einem Interview des Zweiten Deutschen Fernsehens in seiner Sendereihe MOSAIK entwickelt, in dem vor einigen Jahren diese vom Institut angebotenen Informationsmöglichkeiten dargestellt wurden, und führte zu ständigem Kontakt mit den Verantwortlichen dieser Sendereihe.

Eine Hauptaufgabe wird darin gesehen, bei Hergabe eines Einkaufsdarlehens die Prüfung der abzuschließenden Verträge und der dazugehörenden Unterlagen vor Unterschrift in die Beratung einzubeziehen.

Publikationen

In eigener Initiative wird das Institut, dessen Aufgabe in der Nutzbarmachung **aller** gesammelten Unterlagen besteht, in erster Linie durch die Herausgabe seiner Publikationen tätig.

Soziale Arbeit

Die Fachzeitschrift „Soziale Arbeit" – Mitherausgeber ist der Senator für Arbeit und Soziales – veröffentlicht aktuelle und einen weiten Leserkreis interessierende Abhandlungen aus Theorie und Praxis der sozialen Arbeit und greift die Problematik sozialer Entwicklungen, Informationen über wichtige Geschehnisse, sich anbahnende Neuerungen u. ä. auf. Sie erscheint monatlich im Eigenverlag des Instituts; die Redaktion liegt bei der Geschäftsführung. Das Redaktionsgremium steht der Schriftleitung beratend und helfend zu Seite. Ihm gehören Fachleute aller Sachgebiete der behördlichen und freien Wohlfahrtspflege an.

Wie in jedem Jahr, sind auch 1976 zwölf Hefte erschienen.
Wesentliche Beiträge waren:

Jugendpsychiatrische Aspekte zur Resozialisierung junger Drogenabhängiger durch Jugendgericht und Strafvollzug – Kleiner

Bericht über die 17. Weltkonferenz des International Council on Social Welfare in Nairobi – Witzsch

Rechtszustand nach Inkrafttreten des Angleichungsgesetzes und der neuen Reha-Anordnung der Bundesanstalt für Arbeit – Hoppe

Soziale Rechte und Verwaltungspraxis –
Zur Durchsetzungschance des Sozialgesetzbuches – Albrecht und Reidegeld

Frauenkriminalität in soziologischer Sicht – Leder

Problematische Grenze zwischen intra- und extramuraler Geriatrie als Ansatz für die Beschäftigungstherapie – Falck

Förderung der Arbeitsaufnahme – Die Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz helfen beim Abbau der Arbeitslosenzahl – Hoppe

Zum Zeugnisverweigerungsrecht der Berater einer Drogenberatungsstelle – Reuber

Zur holländischen Gesundheitsversorgung – Mattheis

Stigmatisierung Behinderter aus soziologischer Perspektive – Best

Neustrukturierung der sozialen Dienste in Berlin – Bornemann; dazu eine Erwiderung der Arbeitsgruppe zur wissenschaftlichen Begleitung der Erprobung von Teilstrukturen des Modells zur Neustrukturierung der sozialen Dienste beim Senator für Arbeit und Soziales

Das Strafvollzugsgesetz – Uhlitz

Initiativen – Experimente – Modelle
Ein Förderungsprogramm der Robert-Bosch-Stiftung für praktische Sozialarbeit – Walter

Empirische Erhebungen im Bereich der Jugendarbeit – Petermann und Hasslinger

Zeitschriftenbibliographie

Die in jedem Heft veröffentlichte Zeitschriftenbibliographie, die aus allen vom Institut gelesenen in- und ausländischen Fachzeitschriften erstellt wird, weist relevante Fachabhandlungen auf sozialen und sozialverwandten Gebieten in systematischer Ordnung nach. Sie ist für wissenschaftlich Interessierte und Studierende der sozialen Fachgebiete eine große Hilfe beim Auffinden geeigneter Literatur für die von ihnen zu erarbeitenden Themen. Vor allem die schriftlichen Anfragen weisen in zunehmenden Maße aus, daß die Zeitschriftenbibliographie als Quellennachweis für relevante Literatur herangezogen wird.

Sie wurde in Form einer Beilage zu Heft 12 „Soziale Arbeit" ergänzt durch eine „Zeitschriftenbibliographie Gerontologie 1976", die vom Deutschen Zentrum für Altersfragen DZA erstellt wurde. Seit Januar 1977 erscheint die „Zeitschriftenbibliographie Gerontologie" monatlich im Anschluß an die vom Institut veröffentlichten Zeitschriftenbibliographie.

Altenhilfe

Ebenfalls im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem DZA wird das bisher vom DZI herausgegebene Informationsblatt „Altenhilfe – Beispiele, Informationen, Meinungen" seit Januar 1977 vom DZA herausgegeben. Unverändert in Aufmachung und Preis, erscheint es weiterhin in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband e. V., Frankfurt.

Führer durch das soziale Berlin (Graubuch)

Erwartungsgemäß hielt die Nachfrage nach dem „Führer durch das soziale Berlin" an, so daß nunmehr die 12. erweiterte Auflage aus dem Jahre 1972 restlos vergriffen ist. Wegen der großen Zahl der Interessenten, die nicht mehr berücksichtigt werden konnten, werden wir noch in diesem Jahr mit den Vorarbeiten für eine Neuauflage beginnen.

Der letzte Nachtrag zu der vergriffenen Auflage wurde im Januar 1977 ausgeliefert.

Das für alle im Berliner Bereich der sozialen Arbeit Tätigen unentbehrliche Nachschlagewerk findet immer wieder bei Behörden anderer Großstädte Interesse als Modell für ähnliche Handbücher.

Dokumentationen

Daneben ist das Institut zusammen mit drei Partnerinstitutionen (DIMDI – Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information, IDIS – Institut für Dokumentation und Information über Sozialmedizin und öffentliches Gesundheitswesen, DJI – Deutsches Jugendinstitut) an der Herausgabe einer viermal jährlich erscheinenden Dokumentation „Drogengefährdung und Alkoholmißbrauch" beteiligt. Aus einigen der dafür vom Institut zur Verfügung gestellten Beiträge wurden Kurzreferate verfaßt.

Arbeitsgemeinschaft Betriebliche Sozialberatung

Bei den Zusammenkünften der Arbeitsgemeinschaft Betriebliche Sozialberatung stand stets ein bestimmtes Thema mit Referat und anschließender Diskussion im Mittelpunkt. Themen waren u. a.:

Rentenanwartschafts-Splitting als Weg zur eigenständigen sozialen Sicherung der Frau – Modell der „Partnerrente"

Das neue Krankenhausgesetz

Außerbehördliche Jugendarbeit

Auswirkungen des Gesetzes zur Verbesserung der Haushaltstruktur auf das Arbeitsförderungsgesetz, insbesondere Leistungseinschränkungen im Aus- und Fortbildungsbereich.

Besucher

Wie in jedem Jahr ließen sich Besucher aus dem In- und Ausland über die Arbeit des Instituts und über die sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik informieren. Bei solchen Besuchen stellt sich immer wieder heraus, daß es eine dem Institut vergleichbare zentrale Sammel- und Auskunftsstelle in anderen Ländern nicht gibt.

Das Institut bemüht sich, die Besucher bei der weiteren Gestaltung ihres Berlin-Besuches zu beraten und ihnen behilflich zu sein. So konnte für eine Studentengruppe der Fachhochschule Bielefeld ein Programm für Gesprächskontakte und Besichtigungen sozialer Einrichtungen in Berlin zusammengestellt werden, das auch einen Besuch im Institut einschloß. Wie in jedem Jahr informierte sich eine Gruppe von Studierenden der Ev. Fachhochschule Berlin über die vom Institut angebotenen Möglichkeiten der Materialnutzbarmachung.

Anläßlich des **Sozialarbeitertages 1976**, der vom 27. bis 30. September in Berlin stattfand, tagte die Fachgruppe Betriebliche Sozialarbeit des Deutschen Berufsverbandes der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen in unserem Hause. Neben regem Erfahrungsaustausch der Teilnehmer wurde auch die Berliner „Arbeitsgemeinschaft Betriebliche Sozialberatung", die regelmäßig im Institut zusammenkommt, als Modell für ähnliche Arbeitskreise in der Bundesrepublik vorgestellt. Das Zusammentreffen bot Gelegenheit für einen ausführlichen Bericht über die Arbeit des Instituts, der mit großem Interesse aufgenommen wurde.

Revisionen

Für das Jahr 1975 erfolgte die übliche Prüfung durch die Rechnungsprüfungsstelle der Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales.

Entsprechend § 9 Absatz 3 der Stiftungsurkunde hat die WIBERA Wirtschaftsberatung AG, Düsseldorf, Niederlassung Berlin, die Jahresabrechnung des Instituts für die Jahre 1975 und 1976 bereits durchgeführt.

Finanzbericht

Der Finanzbericht für 1976 wurde allen, die das Institut in seiner Arbeit finanziell unterstützten, am 8. März 1977 übersandt.

Deutsche Klassenlotterie

Nachdem 1975 aus Überschüssen der Deutschen Klassenlotterie Berlin die dringenden Renovierungen unserer beiden Häuser vorgenommen wurden, konnte im Jahre 1976 die notwendigste Grundausstattung an Möbeln und technischem Hilfsmaterial erfolgen. Außerdem erlaubte die neue Zuwendung, durch fehlende Finanzmittel entstandene Lücken in unserer Bibliothek zu schließen und wichtige Neuerscheinungen bzw. Neuauflagen zu erwerben.

Dank

Dem Vorstand, dem Beirat, den Mitgliedern des Förderervereins und den Freunden des Instituts sowie den in- und ausländischen Korrespondenten danken wir für alle Förderung und Unterstützung unserer Arbeit. Dankbar sind wir insbesondere denjenigen Mitgliedern und Freunden unseres Hauses, die durch eine Erhöhung ihres Beitrages oder ihrer Spende unsere Arbeit leichter gemacht haben. Das Bemühen aller Mitarbeiter wird immer dahingehen, das in uns gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen.

Die Zahl der Mitarbeiter stand nach wie vor in einem eklatanten Mißverhältnis zu den stetig wachsenden Aufgaben des Instituts. Nur durch ihren unermüdlichen Einsatz und ihr Engagement war es möglich, auch im Berichtsjahr der Vielfalt der täglich an uns herangetragenen Anforderungen gerecht zu werden und damit unsere satzungsgemäßen Aufgaben zu erfüllen. Vorstand und Geschäftsführung benutzen die Gelegenheit, allen Mitarbeitern auch an dieser Stelle ihren Dank auszusprechen.